Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 63 (1969)
Heft: 6

Artikel: Die Wunde und das Messer
Autor: Legum, Colin
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-141599

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die Wunde und das Messer

Nachstehend möchten wir einer Stellungnahme *Colin Legum's* im «*Observer*» vom 1. Juni 1969 Raum geben. Legum, selbst Jude, der zudem den Rassenkrieg in Südafrika am eigenen Leib gespürt hat, gibt hier einige Gedanken zum Nahost-Konflikt wieder, die nach seiner Ansicht für künftige Verhandlungen grundlegend sein müssten.

Die Lehre, die sich aus den zwei Jahren seit Israels drittem und grösstem Sieg über die arabischen Waffen ergibt, kann so gefasst werden: Obwohl Militärmacht das physische Weiterbestehen des jüdischen Staates sicherstellen kann, so wird es ihr nicht möglich sein, friedliche Grenzen mit Israels Nachbarn zu schaffen, wo immer diese Grenzen gezogen werden mögen.

Die Araber anderseits müssen zur Einsicht kommen, dass sie wohl Israel bedrängen, aber nicht zerstören können und dass dieses Bedrängen mit schwer zu ertragender militärischer Unsicherheit im ganzen Nahen Osten bezahlt werden muss.

Trotz seinen Siegen hat Israel den Krieg gegen die Araber noch nicht gewonnen. Er begann in kleinem Umfange schon 1929 und hat nie aufgehört. Noch scheint unseres Erachtens die geringste Chance zu bestehen, dass Israel, selbst wenn es seinen 6-Tage-Sieg noch weit spektakulärer wiederholt, der Sicherheit und Anerkennung, die es dringender nötig hat als mehr Land, irgendwie näher käme.

Es ist dies eine ausweglose Situation, aus der nur die Grossmächte die beiden Gegner herausführen können. Was von einer Vier-Mächte-Initiative am dringendsten benötigt wird, ist nicht so sehr ein Detailplan für ein Abkommen als ein neuer psychologischer Anstoss, der das heutige Verhältnis zwischen Arabern und Juden aus einer Beziehung der Gewalt in eine Beziehung der Diskussion verwandelt. Beide Seiten müssen ermutigt werden, von der Idee, dass sie um ihr Überleben kämpfen müssen, abzugehen, um dafür über Möglichkeiten des Zusammenlebens zu diskutieren.

Zwei Ergebnisse des langen Konfliktes zwischen Zionismus und der arabischen Welt liegen klar vor uns. Das erste lautet in den Worten des österreichischen Marxisten Ernst Fritsch: Zwischen der Wunde und dem Messer ist kein Abkommen möglich.

Und das zweite liegt darin, dass es im Nahen Osten keinen Frieden geben kann, es sei denn, er beruhe auf der Vereinbarung, das Unrecht, das die Palästinenser erlitten haben, weit möglichst wiedergutzumachen, ohne den Israelis neues Unrecht zuzufügen.

Was würde sich daraus für die beiden Seiten ergeben, falls sie dazu gebracht werden können, diese beiden Schlussfolgerungen als richtig anzuerkennen?

Für die Araber würde das bedeuten, dass sie sich mit der Existenz des Staates Israel abfinden und einsehen, dass es ebenso unrealistisch ist anzunehmen, der Judenstaat könne gezwungen werden, sich zu «dezionisieren»,

wie es von Israel aus gesehen eine illusionäre Politik war, 20 Jahre lang zu versuchen, die Araber in Israel vom Rest der arabischen Welt zu trennen.

Präsident Nasser, König Hussein und andere arabische Führer haben den ersten versuchsweisen Schritt zu einem Neubeginn getan, indem sie die UN-Resolution vom November 1967 annahmen, die Israels Recht anerkennt, als Nahost-Staat innerhalb gesicherter Grenzen zu existieren. Verständlicherweise ist es für die Palästinenser schwieriger, diesen Schritt zu tun. Die militanten Elemente unter ihnen lehnen tatsächlich die November-Resolution ab und schaffen Zwistigkeiten zwischen ihrer Gruppe und den Anhängern von Nasser und Hussein.

Für die Juden hiesse der Neuanfang: Anerkennung der Katastrophe, die der Zionismus für die Palästinenser bedeutete, indem er Hunderttausende von ihnen zu heimatlosen Entwurzelten machte, zu Fremdlingen im eigenen Land oder Flüchtlingen in den Ländern ihrer arabischen Nachbarn.

Viele Juden finden es leichter, gegenüber dem Unrecht, das die Palästinenser erlitten, die Augen zu verschliessen; sie wollen lieber nicht sehen, was wirklich geschah, als zur Kenntnis nehmen, was sich als Folge einer Anerkennung der Tatsachen für sie ergäbe. Sie ziehen es meistens vor, auf dieses Problem mit einer Geste der Rechtfertigung zu antworten. «Und wer hat denn die Stimme erhoben über das Unrecht, das die Juden erlitten?»

Es ist dies eine Haltung, die Juden wie mich in Wut bringt; man kann sich vorstellen, wie die Palästinenser darauf reagieren.

Und doch sind die Israelis keineswegs so gefühllos dem Schicksal der Palästinenser gegenüber, wie die Gestik, die sie zur Schau tragen, die Araber glauben machen könnte. Eine typische Haltung der Israeli-Führerschaft kommt in einer hebräischen Broschüre zum Ausdruck, die kürzlich veröffentlicht wurde. Sie stammt von Generalmajor *Y. Harkabi,* dem ersten Generaldirektor des israelischen militärischen Geheimdienstes, der selbst keineswegs eine «Taube» ist.

«Obschon dies nicht in der Absicht des Zionismus lag», schreibt er, «so ist es doch so, dass die Lösung des Judenproblems ein Araberproblem erzeugte; denn indem man Israel zum Judenstaat machte, löschte man seinen arabischen Charakter aus.»

Er fährt fort: «Die Israelis müssen verstehen, dass der zionistische Anspruch auf ‚ein historisches Recht' den Arabern vorkommt, als ob ihre eigene Anwesenheit in Palästina moralisch anrüchig wäre, als ob ihr Besitz des Landes bloss einer vorübergehenden Nutzung während der Abwesenheit des rechtmässigen Eigentümers gleichkäme. Diese Auffassung und die daraus zu ziehende Schlussfolgerung – dass sie nämlich das Land dem gesetzlichen Eigentümer zu überlassen hätten, ist für sie Schwindel und rassische Arroganz. Wir Israelis müssen die arabische Einstellung verstehen, wenn sie den Zionismus als Bewegung sah, der seiner Natur nach auf die Lösung des Judenproblems sich konzentrierte und sich nicht drum kümmerte, dass die Araber dafür zahlen müssen – als ob Zionismus be-

deutete, dass das Wohl der Juden wichtiger sei als das Wohl der Araber Palästinas und dass sie deshalb geopfert werden könnten.»

Wenn diese Einstellung von der Öffentlichkeit als Grundlage angenommen würde für eine neue israelische Bereitschaft, das Unrecht, das die Palästinenser erduldeten, gutzumachen, so könnte man darin den Anfang einer verwandelten Beziehung zwischen Arabern und Israelis sehen. Leider ist die Israeli-Führung – unter gefährlichem Druck stehend – zu sehr geneigt, einer Maginotlinien-Mentalität zu verfallen.

Wenn es auch unmöglich ist, das Rad der Zeit zurückzudrehen, um alle früher begangenen Fehler ungeschehen zu machen, so hat der Krieg vom Juni 1967 fast wie auf Geheiss der Vorsehung die Karte Palästinas wiederhergestellt, wie sie 1947 war, bevor das Land durch das Kriegsglück grob aufgeteilt wurde.

Dieser Umstand erlaubt beiden Seiten, nach Möglichkeiten einer gerechteren Teilung zu suchen, einer Teilung, die Juden und Arabern genug von dem Land zuteilen würde, das sie beide fordern, um zu leben, sich zu entwickeln, wie auch ihren verschiedenen Charakter und ihre Sicherheit zu wahren.

Zunächst würde ein solcher Lösungsversuch die Schaffung zweier Staaten aus dem alten Palästina erfordern, von denen der eine hauptsächlich arabisch, der andere hauptsächlich jüdisch wäre. Die alte Idee eines Zwei-Nationen-Staates ist untergegangen dank der Verbitterung durch Krieg und Nationalismus, und die Vorstellung eines neuen Mehr-Nationen-Staates (plural society) ist vielleicht in der Zukunft, aber nicht in der brutalen Wirklichkeit von heute denkbar. Was hingegen durchaus möglich wäre, ist eine föderative Beziehung, die die zwei Staaten mit Jerusalem als gemeinsamer Hauptstadt – mit dem Königreich Jordanien verbinden würde. Möglicherweise wäre sogar Föderation vermessen als erster Schritt. Was in unmittelbarer Zukunft erforderlich ist, ist dies: Die Palästinenser sollten ihren eigenen Staat haben – wie die Juden –, sie sollten nicht länger Flüchtlinge und Minderheiten in andern Ländern sein, selbst wenn es zufällig arabische Länder sind.

Was sie brauchen ist eine eigene Heimat, die aus einem Teil des früheren Palästina besteht. Nur auf diesem Hintergrund bekommt Grenzziehung einen Sinn.

Man macht einen schweren Fehler, wenn man die Palästinenser als «Flüchtlinge» behandelt, die zufriedenzustellen wären mit einer fairen Entschädigung für ihren verlorenen Besitz und Plänen für Neuansiedlung in den arabischen Ländern. Es handelt sich in ihrem Falle nicht einfach um ein Flüchtlingsproblem – sondern es ist eine Neuauflage des jüdischen Problems: das Problem eines Volkes mit starkem Nationalbewusstsein, das entwurzelt und verfremdet worden und das eine eigene nationale Heimat innerhalb seiner historischen Grenzen fordert – ihr «Heiliges Land».

Zwanzig Jahre der Zerstreuung haben unter den Palästinensern gewaltige Veränderungen bewirkt. 1948 waren es ihrer etwa 1 250 000. Heute sind es doppelt so viele. Mehr als 1,25 Millionen leben noch immer in

Israel, Jordanien, Gaza und auf dem Westufer des Jordans, die übrigen sind über die arabischen Länder zerstreut: ein Fünftel der Einwohner von Bahrein sind Palästinenser.

Im Exil haben die jungen Palästinenser – wie die jungen Juden – sich durch Bildung und berufliche Leistungen hervorgetan. Heute gehören sie zu den gebildetsten und reichsten Arabern. In einem Dutzend arabischer Länder arbeiten sie als Professoren, Juristen, Lehrer, Ärzte, Bankiers oder Beamte. Das gibt den palästinensischen Druckgruppen (Lobbies) innerhalb arabischer Regierungen mächtigen Auftrieb.

Die Palästinenser dieser jungen Generation rebellieren gegen den Paternalismus ihrer hergebrachten Gesellschaftsordnung und gegen die alte arabische Führerschicht, sie klagen sie an, das arabische Erbe nicht verteidigt zu haben. Sie sind Aktivisten und unabhängig geworden, ihr neuer Geist wird durch den Aufstieg der Feyadeen oder Kommandos ersichtlich. Heute sind Tausende junger Araber bereit, für ihren Kampf das Leben preiszugeben – sie sind nicht zu vergleichen mit den bezahlten Mietlingen früherer Feyadeen-Banden.

Ironischerweise hat der Junikrieg von 1967 zwei unerwartete Folgen gezeitigt, abgesehen davon, dass er die alte Palästinakarte wiederhergestellt hat. Er untergrub die Stellung vieler der alten arabischen Führer – inklusive Präsident Nassers – in den Augen der palästinensischen Aktivisten und schärfte zugleich das Nationalbewusstsein, welches sich in den Jahren der Zerstreuung verflüchtigt hatte.

Während des grössten Teils der 20 Jahre hatten die Palästinenser ihr Anliegen durch andere arabische Führer wahrnehmen lassen – hauptsächlich durch Präsident Nasser und in letzter Zeit durch die Syrier. Wie gut zu verstehen ist, haben es auch die aktivsten arabischen Regierungen zu Zeiten notwendig gefunden, ihre eigenen nationalen Interessen dem Kampf für die Palästinenser überzuordnen.

Nach der Niederlage von 1967 führten alle diese Erfahrungen dazu, eine palästinensische Führung hervorzubringen, die entschlossen ist, selbst ihre Sache zu vertreten. Obwohl sie den Zentren der arabischen oder der kommunistischen Welt nicht den Rücken kehrt, besteht sie darauf, selbst ihre Entscheidungen zu treffen.

Es ist diese Haltung, die neuerdings einen wichtigen politischen Faktor in das Nahost-Geschehen getragen hat. Er verschärft nicht nur die Herausforderung an Israel, er missbilligt auch die Politik der Mässigung, wie sie gelegentlich von Ägypten, Jordanien, vom Libanon oder den Russen vertreten wird.

Wie stark ist der neue Faktor? Kann er ein Abkommen der Vier-Mächte-Gruppe verhindern, falls dessen Bedingungen Präsident Nassers und König Husseins Zustimmung finden? Oder kann er zum Mittel direkter Verhandlungen zwischen Palästinensern und Israelis sich entwickeln?

Es gibt darauf keine Antworten, die sich mit einiger Gewissheit vertreten liessen. Soviel darf man aber voraussagen: Die arabischen Aktivisten

werden an Bedeutung zu- oder abnehmen, je nachdem eine Vereinbarung in Aussicht steht oder fehlt, die berechtigten Ansprüchen der Palästinenser wirklich gerecht wird.

Israel kann weder physisch noch moralisch mit einiger Sicherheit zu bestehen hoffen, es sei denn, das grundlegende Unrecht, das die Palästinenser dank unglücklichen Umständen bei der Geburt des jüdischen Staates erlitten, werde anerkannt und, ohne Israels Zukunft aufs Spiel zu setzen, soviel als möglich wiedergutgemacht.

«Fortschritt» und die Umwelt des Menschen

> «Es wäre sinnlos, den zivilisatorischen und technischen Fortschritt einseitig voranzutreiben und neuen Wohlstand zu schaffen, wenn gleichzeitig die menschliche Gesundheit gefährdet und Tiere und Pflanzen geschädigt werden. Lösen wir diese wichtige Aufgabe nicht, so werden unsere Nachfahren unser sträfliches Tun büssen müssen.»

Weise Worte, die da von Dr. Hunzinger, Basel, zur Eröffnung der 4. Internationalen Fachmesse für den Schutz von Wasser, Landschaft und Luft ausgesprochen wurden. Am Wissen um die Gefahr fehlt es also nicht bei den Fachleuten. Die Frage ist nur, wie weit sich diese Kenner der Materie mit ihrer Auffassung gegenüber Faktoren wie erhöhten Kosten, Rendite oder den Forderungen von Sport- und Verkehrsverbänden, militärischen Instanzen durchsetzen können oder gegen die Interessen von Industrie und Handel, die bekanntlich über die grossen Budgets verfügen, mit deren Hilfe sich vieles erzwingen lässt, was der physischen und geistigen Wohlfahrt des Volksganzen stracks zuwiderläuft.

Das Problem der Erhaltung einer möglichst unversehrten Umwelt ist in allen Ländern von höchster Dringlichkeit. Da wird die «Nationale Akademie der Wissenschaften» in den USA (Science, 23. Mai 1969) ersucht, sich zu einem Plan des USA-Kriegsministeriums zu äussern. Es sollen 27 000 Tonnen Giftgas aus dem letzten Weltkrieg 400 Kilometer von Atlantic City (N. J.) im Atlantischen Ozean versenkt werden, in Stahlfässern, wie es heisst. Die Armee findet, das sei die *praktischste* und «sicherste» Methode, diese Giftgase loszuwerden. In Wirklichkeit ist es der Weg des geringsten Widerstandes. Einige Mitglieder des amerikanischen Kongresses widersetzen sich dem Plan. Die Armeebehörden «geruhen» die Ausführung aufzuschieben. Der aussenpolitische Ausschuss des Kongresses weist auf die längst nicht genügend bekannten oder auch nur untersuchten Gefahren für die Lebewesen des Meeres hin. Andere Kritiker sehen auch das rechtliche Problem einer Deponie von gefährlichen Stoffen weit ausserhalb der Zone amerikanischer Jurisdiktion.

Wie dieser Fall entschieden wird, steht noch nicht fest. Wahrscheinlich wird von kurzsichtigen Spardenkern Widerstand gegen eine teurere Besei-